

Betreff:

Haushaltssatzung 2023/2024

Organisationseinheit:

Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

28.02.2023

Beratungsfolge

Sitzungstermin

Status

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Entscheidung) 02.03.2023

Ö

Beschluss:

„Zur Vorbereitung der Haushaltslesung des Rates am 21. März 2023 wird der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung um folgende Beschlussempfehlung gebeten:

1. Der **Verwaltungsentwurf** der Haushaltssatzung 2023/2024 nach dem derzeitigen Stand mit
 - a) dem Doppelhaushalt 2023/2024 einschließlich Stellenplan und Investitionsprogramm 2022 - 2027
 - b) den Haushaltsplänen 2023/2024 einschließlich Stellenübersichten und Investitionsprogrammen 2022 - 2027 für
 - die Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement
 - die Sonderrechnung Stadtentwässerung und
 - die Sonderrechnung Abfallwirtschaft
 - c) dem Haushaltsplan 2023/2024 des Sondervermögens „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig“ in der gegenüber dem Haushaltsentwurf 2023/2024 unveränderten Fassung

wird beschlossen, soweit sich nicht aus den nachfolgenden Beschlusspunkten eine andere Empfehlung ergibt.

2. Die finanzunwirksamen Anträge der **Fraktionen** werden entsprechend den Empfehlungen der Fachausschüsse oder nach Maßgabe der Einzelabstimmung beschlossen (Anlage 2).
3. Die finanzwirksamen Anträge der **Fraktionen** einschließlich der Anträge der **Stadtbezirksräte** werden entsprechend den Empfehlungen der Fachausschüsse oder nach Maßgabe der Einzelabstimmung beschlossen (Anlagen 4.1 und 5.1).
4. Die Ansatzveränderungen der **Verwaltung** werden entsprechend den Verwaltungsempfehlungen oder nach Maßgabe der Einzelabstimmung beschlossen (Anlagen 4.2, 5.2.1, 5.2.2, 5.2.3 sowie 7 und 8).
5. Die haushaltsneutralen Umsetzungen und die Haushaltsvermerke der **Verwaltung** (Anlagen 4.3, 5.3 und 5.4) sowie die Änderungen an Wesentlichen Produkten und Maßnahmen (Anlage 3) werden entsprechend den Verwaltungsempfehlungen oder nach Maßgabe der Einzelabstimmung beschlossen.

6. Die Verwaltung wird ermächtigt, die sich aus den vorstehenden Beschlusspunkten und der Aufteilung der Personalaufwendungen ergebenden Veränderungen in die Endausfertigung des Haushaltsplanes 2023/2024 auf die Teilhaushalte einschließlich der Produktdarstellung zu übertragen.“

Sachverhalt:

1. Weitere Anträge zum Haushaltsentwurf 2023/2024

Von der SPD-Ratsfraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sind insgesamt dreizehn Anträge teils gemeinsam mit anderen Ratsfraktionen für den Ergebnishaushalt bzw. das Investitionsmanagement nachgereicht worden.

Hierdurch werden neben neuen Anträgen auch bereits vorliegende Anträge durch neue Anträge wie folgt ersetzt:

	Antragsart	Antrag von	Bezeichnung	Anmerkungen
1.	2 Finanzunwirksame Anträge	SPD, Grüne	FB 66 – Tiefbau und Verkehr: Strategische Ziele 2023 - 2027	FU 177 (ersetzt FU 022)
		SPD, Grüne, "Die Fraktion", BIBS	Trinkwasserentnahmestellen für die Hitzevorsorge in Braunschweig	FU 178 (ersetzt FU 024)
2.	5 Anträge zum Ergebnishaushalt	SPD, Grüne, BIBS	Förderprojekt politische Bildung	FWE 179 (neu)
		SPD, Grüne	Öffentliches WLAN in städtischen Kultureinrichtungen	FWE 180 (neu)
		SPD, Grüne	Jugendkunstschule buntich	FWE 181 (ersetzt FWE 047)
		SPD, Grüne	Bund Bildender Künstler	FWE 182 (ersetzt FWE 050)
		SPD, Grüne	Quartiersbezogene Nachbarschaftszentren	FWE 183 (ersetzt FWE 077 und FWI 119)
3.	5 Anträge zum Investitionsmanagement	SPD, Grüne	FB 37: GVG-Sammelprojekt Feuerwehr (Tablets für die Fahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehr)	FWI 184 (neu)
		SPD, Grüne	Ref. 0412: GVG – Bibliotheken – Öffentliches WLAN in städtischen Kultureinrichtungen	FWI 185 (neu)
		SPD, Grüne	FB 66: Vorplanung für eine weitere Veloroute	FWI 186 (ersetzt FWI 121 bis 123)
		SPD, Grüne	Sanierung Skateranlage Prinzenpark (Trinkwasserbrunnen)	FWI 187 (neu)
		SPD, Grüne	FB 67: GVG – Ankauf von Bäumen	FWI 188 (ersetzt FWI 129)

				und FWI 130)
4.	1 Antrag zum Stellenplan	SPD, Grüne, BIBS	Förderprojekt zur vielfältigen demokratischen politischen Bildung der Braunschweiger Schüler*innen	SP 190 (neu)

Die neuen Anträge sind in der Anlage 0 enthalten.

Nach Kenntnis der Verwaltung haben umfangreiche Vorabstimmungen stattgefunden, die zu den oben aufgeführten interfraktionellen Anträgen geführt haben. Es wird davon ausgegangen, dass diese Anträge im Rahmen der Haushaltslesung angenommen werden. Deshalb wurden – abweichend von dem in Ziffer 4 der Hauptvorlage dargestellten Vorgehen – die monetären Auswirkungen dieser Anträge bei der Ergebnisdarstellung berücksichtigt, auch wenn es finanziell weitreichendere Anträge zu derselben Thematik gibt. Hierzu wird auf die Anlage 4.1 verwiesen.

Hinweis: Zwischenzeitlich sind weitere Anträge der Ratsfraktionen nachgereicht worden. Diese werden zusammen mit weiteren Anpassungsnotwendigkeiten in die 2. Ergänzungsvorlage aufgenommen.

2. Personalkosten

Nach dem Stand der Vorlage "Haushaltssatzung 2023/2024" (DS 23-20653) war beim Personalaufwand ein Anstieg um rd. 3,1 Mio. € für 2023 bzw. rd. 16,8 Mio. € für 2024 gegenüber dem Haushaltsentwurf zu verzeichnen. Dies beruhte zum einen auf den befürworteten Stellenplananträgen, zum anderem auf der Einplanung einer Besoldungserhöhung in Höhe von 4,0 % im Jahr 2024.

In Anbetracht der laufenden Tarifverhandlungen im Bereich des TVöD wurde die Personalkostenkalkulation aktualisiert. Zwar liegt kein Verhandlungsergebnis vor, angesichts anhaltender hoher Inflationsraten und Energiepreise wird jedoch angenommen, dass sich im Tarifbereich für das Jahr 2023 eine Steigerung um **6,0 %** ergeben könnte. In der Folge ist zu erwarten, dass sich der Abschluss des TVöD auf die im Herbst 2023 anstehenden Verhandlungen hinsichtlich des Tarifvertrages der Länder auswirkt. Dies beeinflusst erfahrungsgemäß wiederum die in Niedersachsen zu erwartenden Steigerungen der Besoldungen sowie Anwärtler- und Versorgungsbezüge. Aus diesem Grund wurde die bisher für das Jahr 2024 angenommene Steigerung in Höhe von 4,0 % auf ebenfalls **6,0 %** erhöht. Die höhere Besoldungssteigerung wirkt sich unmittelbar erhöhend auf die Rückstellungszuführungen für Pensionen und Beihilfen aus. Die für 2024 um 2,0 %-Punkte erhöhte Kalkulation der Besoldung führt zu zusätzlichen Rückstellungszuführungen von **rd. 12,4 Mio. €**, so dass im Jahr 2024 eine besonders starke Erhöhung des Personalaufwands zu verzeichnen ist. Für den mittelfristigen Planungszeitraum 2025 bis 2027 wurde von der bisher berücksichtigten Steigerung in Höhe von **2,0 %** nicht abgewichen. Aus den aufgeführten Anpassungen ergeben sich für die Jahre 2023 und 2024 weitere Mehrbedarfe von **6,0 bzw. 22,8 Mio. €** gegenüber dem bisher berücksichtigten Personalaufwand. Für die Jahre 2025 bis 2027 sind Mehrbedarfe zwischen **10,9 und 11,3 Mio. €** zu verzeichnen. Der Gesamtpersonalaufwand für die Jahre 2023 und 2024 beträgt 256,2 bzw. 310,3 Mio. €. Die Veränderungen bei den Personalkosten sind in der Anlage 4.2 dargestellt.

3. Härtefall-Fonds

Das Land übernimmt ein Drittel der Kosten, wenn Kommunen gemeinsam mit den örtlichen Energieversorgungsunternehmen entsprechende Härtefallfonds zur Vermeidung von Strom-, Fernwärme- oder Gassperren für Privatpersonen auflegen, die keine anderen staatlichen Unterstützungsleistungen erhalten können.

Die Verwaltung geht davon aus, dass es allenfalls geringe Fallzahlen geben kann. Vorsorglich wurden für den ggf. erforderlich werdenden kommunalen Finanzierungsanteil 100.000 € in 2023 berücksichtigt (siehe hierzu Anlage 4.2 der Vorlage).

4 Auswirken der Ansatzveränderungen auf die Gesamtergebnisse

4.1 Ergebnishaushalt

<i>in Mio. €</i>	2023	2024	2025	2026	2027
Jahresergebnis	-64,4 (-31,3)	-164,9 (-51,9)	-91,3 (-53,8)	-82,7 (-56,1)	-60,6 (-58,4)
Stand der Überschussrücklagen am Jahresende	241,9 (241,9)	241,9 (241,9)	241,9 (241,9)	159,2 (185,8)	98,6 (127,3)
Gesonderter Passivposten gem. § 182 Abs. 4 NKomVG	-69,4 (-91,3)	-234,3 (-143,2)	-325,6 (-191,2)	-325,6 (-185,3)	-325,6 (-179,4)

Die Klammerzahlen zeigen den Stand zum Haushaltsentwurf 2023/2024.

4.2 Finanzhaushalt

<i>in Mio. €</i>	2023	2024	2025	2026	2027
Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres	99,3 (101,2)	-26,8 (77,8)	-113,3 (50,9)	-183,7 (21,0)	-241,8 (-12,4)

Die Klammerzahlen zeigen den Stand zum Haushaltsentwurf 2023/2024.

Für den Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit ergeben sich folgende Veränderungen:

<i>in Mio. €</i>	2023	2024	2025	2026	2027
Aktueller Stand	-33,9	-95,8	-45,0	-33,9	-9,7
Stand Haushaltsentwurf	+1,1	-3,1	-0,9	-0,6	-0,8

Damit würde sich in keinem Planjahr mehr ein positiver Saldo ergeben.

Die Verpflichtungsermächtigungen für das Haushaltsjahr 2023 verändern sich durch die neuen Fraktionsanträge nicht. Dagegen verringern sich die Verpflichtungsermächtigungen für das Haushaltsjahr 2024 durch die neuen Anträge um 1,9 Mio. €.

Geiger

Anlage/n:

Anlage 0 Nachversand von Anträgen

Anlage 4 Ergebnishaushalt

Anlage 4.1 Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 4.2 Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 5 Finanzhaushalt

Anlage 5.1 Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Nachversand
von Anfragen und Anträgen

1. Ergänzungsvorlage

SPD-Fraktion
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66 / FB 66

Produkt

Diverse

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2023/2024

Überschrift

FB 66 - Tiefbau und Verkehr: Strategische Ziele 2023 - 2027

Beschlussvorschlag

Die im Haushaltsplanentwurf für 2023/2024 auf Seite 862 genannten strategischen Ziele für den FB 66 - Tiefbau und Verkehr erhalten in den lfd. Nummern 1 und 2 folgende Fassung:

1. Verkehrsplanung: Nachhaltige und klimagerechte Mobilität stehen im Fokus der Verkehrsplanung und sind abgebildet im Integrierten Klimaschutzkonzept und im Mobilitätsentwicklungsplan. Die Verkehrsverbindungen innerhalb Braunschweigs und mit der Region werden effizient gestaltet, um umweltschonend alle Alltags- und Freizeitwege zurücklegen zu können und dabei bestmögliche Mobilität sicherzustellen. Dazu werden das Angebot des ÖPNV ausgeweitet und die Bedingungen für den Rad- und Fußverkehr verbessert. Barrierefreiheit, Bezahlbarkeit, soziale Teilhabe und weniger motorisierter Individualverkehr sind neben ökologischen und ökonomischen Aspekten Planungsgrundlage für zukunftsfähige intermodale und multimodale Mobilitätsangebote.
2. Verkehrssicherheit: Mehr Sicherheit im Verkehr ist erreichbar durch eine entsprechende Straßengestaltung und Flächenaufteilung einschließlich Beschilderung und Markierung. Weiterhin sollen durch die Mitarbeit in der Unfallkommission der Polizeidirektion Braunschweig Gefahrenpunkte erkannt und zum Beispiel mit Hilfe von Sicherheitsaudits entschärft werden.

Begründung

Dieser Antrag ersetzt den Antrag FU 022.

Das kürzlich beschlossene Integrierte Klimaschutzkonzept IKSK und der in Aufstellung befindliche Mobilitätsentwicklungsplan sollten strategische Handlungsgrundlage sein.

Die lfd. Nummern 3, 4, 5 und 6 bleiben unverändert.

Gez. Christoph Bratmann
Gez. Lisa-Marie Jalyschko und Helge Böttcher

Unterschrift

SPD-Fraktion
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Gruppe Die Fraktion.BS
BIBS-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

0600 / Ref.0600

Produkt

5S.00 Neu

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2023/2024

Überschrift

Trinkwasserentnahmestellen für die Heizvorsorge in Braunschweig

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, an welchen Stellen im Stadtgebiet Bedarf für eine Trinkwasserentnahme bestünde (hohe Frequenz an Fußgängern, spielenden Kindern etc.) und ggf. in Kooperation mit Dritten eine Trinkwasserentnahmestelle eingerichtet werden könnte. Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, die für die jeweiligen Standorte passenden Formen der Wasserentnahme und die Kosten exemplarisch aufzuzeigen.

Begründung

Dieser Antrag ersetzt den Antrag FU 024 der SPD-Fraktion.

In den letzten Jahren sind in den Sommermonaten die Temperaturen enorm gestiegen. Bei Hitze muss viel getrunken werden. Besonders vulnerable Gruppen (ältere Menschen, Kinder, Wohnungslose, Alkoholranke und andere) sind gefährdet, Flüssigkeitsmangelzustände zu entwickeln. Aus diesem Grund sollte ausreichend freier Zugang zu Trinkwasser im öffentlichen Raum vorhanden sein. Die Stadt Wien verfügt beispielsweise über 1300 öffentliche Trinkwasserentnahmestellen. Wasserentnahmestellen können sowohl Trinkbrunnen als auch einfache Zapfstellen sein.

Gez. Christoph Bratmann
Gez. Lisa-Marie Jalyschko und Helge Böttcher
Gez. Kai Tegethoff
Gez. Dr. Bernhard Piest

Unterschrift

SPD-Fraktion
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
BIBS-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
40 / FB 40

Produkt / Kostenart
1.21.2430.11 / 427110

ANTRAG ZUM ERGEBNISHAUSHALT 2023/2024

Überschrift

Förderprojekt zur vielfältigen demokratischen politischen Bildung der Braunschweiger Schüler*innen

Teilhaushalt: FB 40 Schule, Seite: 543

☐ Ertrag

☒ Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Zeile: 15

Produktnummer: 1.21.2430.11

Produktbezeichnung: Schulentwicklung und -organisation

Der Antrag gilt:

☐ einmalig

☐ dauerhaft

☐ 2023

☒ Ab 2023

☒ für 3 Jahre

☐ 2024

☐ Ab 2024

☐ für Jahre

Beantragter Veränderungsbetrag (+ / -)

für 2023

+ 26.000 €

für/ab 2024

+ 43.300 €

Es wird zugleich folgende **Deckung** vorgeschlagen:

Teilhaushalt: , Seite:

☐ Ertrag

☐ Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: , Zeile:

Produktnummer:

Produktbezeichnung:

Deckungsbetrag (+ / -)

für 2023

€

für/ab 2024

€

Begründung

Dieser Antrag zu Sachmitteln ergänzt den Antrag zum Stellenplan mit dem Ziel, Förderprojekte zur vielfältigen demokratischen politischen Bildung von Braunschweiger Schüler*innen zu unterstützen. Die Sachmittel sollen unter anderem dafür genutzt werden, das bestehende Angebot um neue Bildungsprojekte sinnvoll zu erweitern und auszubauen und setzen sich für 2024-2025 wie folgt zusammen:

Sachkosten I: 10.000 € Sachkosten im Zusammenhang mit der beantragten Stelle

Sachkosten II: 2.000 € für Seminardurchführung und Schulungsmaterial

Honorare: 31.250 € für Dozent*innenhonorare

Näheres ergibt sich aus dem ausführlichen, vorliegenden Konzept. Für 2023 ist wegen des späten Inkrafttretens des Haushalts nur ein Teilbetrag angesetzt, wobei wegen nötiger Erstanschaffungen die Sachkosten II sogar etwas höher ausfallen als 2024.

Die Anzahl politisch motivierter Straftaten rechtsextremer Täter*innen hat in Braunschweig in letzter Zeit zugenommen. Vor allem Jugendliche geraten in den Fokus rechter und populistischer Einflüsse, sodass es wichtig ist, ihre Resilienz gegenüber diesen Ideologien zu stärken. So wünschten sich laut der CTC-Befragung unter Braunschweiger Schüler*innen 4,1 % der Kinder und Jugendlichen, dass Deutschland von einem „Führer mit starker Hand“ regiert werden solle. Um sich gegen rechte Einflüsse und Gewalt zur Wehr setzen zu können, müssen ihnen Werkzeuge an die Hand gegeben werden, die sie bei der Entwicklung einer demokratischen Gegenpraxis unterstützen.

Um möglichst viele Kinder und Jugendliche ansprechen zu können, sollen Präventionsangebote an Braunschweiger Schulen stattfinden. Dabei ist es wichtig, die Angebotsstruktur zu erfassen, an die Schulen zu kommunizieren und mit den Erfordernissen des schulischen Alltags in Einklang zu bringen, sodass möglichst viele Schulen an den Angeboten teilnehmen und somit möglichst viele Schüler*innen erreicht und in ihrer Resilienz gestärkt werden. Eben diesen Zweck soll die Koordinationsstelle durch das oben angeführte Aufgabenspektrum erfüllen. Die Abstimmung mit dem Regionalen Landesamt für Schule und Bildung Braunschweig ist vorzunehmen. Eine Vernetzung mit der vorhandenen Koordinationsstelle im Büro für Migrationsfragen wäre hier sicherlich eine Möglichkeit, dieses Ziel zu erreichen. Als Modellprojekt soll die Stelle nach zwei Jahren erstmals evaluiert werden.

Gez. Christoph Bratmann

Gez. Lisa-Marie Jalyschko und Helge Böttcher

Gez. Bianca Braunschweig

Unterschrift

SPD-Fraktion
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
KuW / FB 41 (FB 10)

Produkt / Kostenart
Diverse/ 427145

ANTRAG ZUM ERGEBNISHAUSHALT 2023/2024

Überschrift

Öffentliches WLAN in städtischen Kultureinrichtungen

Teilhaushalt: Kultur und Wissenschaft, Seite: 606

☐ Ertrag

☒ Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Zeile: 15

Produktnummer: 1.25.XXXX.01

Produktbezeichnung: Sonstige Dienstleistungen

Der Antrag gilt:

☐ einmalig

☒ dauerhaft

☐ 2023

☒ Ab 2023

☐ für Jahre

☐ 2024

☐ Ab 2024

☐ für Jahre

Beantragter Veränderungsbetrag (+ / -)

für 2023

+ 21.500 €

für/ab 2024

+ 21.500 €

Es wird zugleich folgende **Deckung** vorgeschlagen:

Teilhaushalt: _____, Seite: _____

☐ Ertrag

☐ Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: _____, Zeile: _____

Produktnummer: _____

Produktbezeichnung: _____

Deckungsbetrag (+ / -)

für 2023

€

für/ab 2024

€

Begründung

Für die öffentlich zugänglichen Räume der Stadtbibliothek, des Städtischen Museums und des Stadtarchivs soll ein öffentlich zugängliches, kostenfreies WLAN eingerichtet und betrieben werden. Laut Stellungnahme der Verwaltung (Vorlage 23-20330) werden für den Betrieb jährliche Kosten in Höhe von 21.000 € geschätzt.

Gez. Christoph Bratmann

Gez. Lisa-Marie Jalyschko und Helge Böttcher

Unterschrift

SPD-Fraktion
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
KuW / FB 41

Produkt / Kostenart
1.25.2522.09 / 431810

ANTRAG ZUM ERGEBNISHAUSHALT 2023/2024

Überschrift

Jugendkunstschule buntich

Teilhaushalt: Kultur und Wissenschaft, Seite: 606

☐ Ertrag ☒ Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: Transferaufwendungen, Zeile: 18

Produktnummer: 1.25.2522.09

Produktbezeichnung: Kontinuitätsförderung Bildende Kunst

Der Antrag gilt: ☐ einmalig ☐ dauerhaft
☐ 2023 ☒ Ab 2023 ☒ für 3 Jahre
☐ 2024 ☐ Ab 2024 ☐ für Jahre

Beantragter Veränderungsbetrag	(+ / -)	für 2023	für/ab 2024
		+ 12.400 €	+ 12.700 €

Es wird zugleich folgende **Deckung** vorgeschlagen:

Teilhaushalt: _____, Seite: _____

☐ Ertrag ☐ Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: _____, Zeile: _____

Produktnummer: _____

Produktbezeichnung: _____

Deckungsbetrag	(+ / -)	für 2023	für/ab 2024
		€	€

Begründung

Der Antrag ersetzt den Antrag FWE 047.

Die Jugendkunstschule buntich wurde 1988 gegründet und bietet jährlich drei Programme mit zahlreichen Kursen und Projekten an, an denen ca. 1500 Schüler*innen teilnehmen. Hinzu kommen Kunst-Events, Kindergeburtstage, Schul- und Kita-Projekte sowie Kooperationen.

Die Jugendkunstschule benötigt die beantragte Erhöhung der Zuwendung, um die Honorare der freiberuflichen Dozent*innen auf einen üblichen Stundensatz anzuheben. Damit verbunden ist eine konzeptionelle Weiterentwicklung der Schule.

Die Erhöhung der Zuwendung ist zunächst für 3 Jahre befristet, da nach 2 Jahren eine Evaluation der konzeptionellen Neuausrichtung und Weiterentwicklung der Jugendkunstschule stattfinden soll. - Hinweis: Für 2024 wurde eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) angesetzt.

Gez. Christoph Bratmann

Gez. Lisa-Marie Jalyschko und Helge Böttcher

Unterschrift

SPD-Fraktion
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
KuW / FB 41

Produkt / Kostenart
1.25.2522.09 / 431810

ANTRAG ZUM ERGEBNISHAUSHALT 2023/2024

Überschrift

Bund Bildender Künstler

Teilhaushalt: Kultur und Wissenschaft, Seite: 606

☐ Ertrag ☒ Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: Transferaufwendungen, Zeile: 18

Produktnummer: 1.25.2522.09

Produktbezeichnung: Kontinuitätsförderung Bildende Kunst

Der Antrag gilt: ☐ einmalig ☒ dauerhaft
☐ 2023 ☐ Ab 2023 ☐ für Jahre
☐ 2024 ☐ Ab 2024 ☐ für Jahre

Beantragter Veränderungsbetrag	(+ / -)	für 2023	für/ab 2024
		+ 17.600 €	+ 17.900 €

Es wird zugleich folgende **Deckung** vorgeschlagen:

Teilhaushalt: _____, Seite: _____

☐ Ertrag ☐ Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: _____, Zeile: _____

Produktnummer: _____

Produktbezeichnung: _____

Deckungsbetrag	(+ / -)	für 2023	für/ab 2024
		€	€

Begründung

Der Antrag ersetzt den Antrag FWE 050.

Der Bund Bildender Künstler (BBK) hat sich mit seinem Kunsthaus an der Humboldtstraße zu einem überregional bekannten Ausstellungsort entwickelt und als Anlaufstelle insbesondere für junge Künstler*innen der HBK etabliert. Mit seinem hochkarätigen Ausstellungs- und Kunstvermittlungsprogramm und dank der vielfältigen Vernetzungsarbeit ist der BBK eine unverzichtbare Bereicherung für die Stadt Braunschweig. Dies zeigten zuletzt Projekte wie JUSTAMENTE und "art to believe". Die beantragte Zuwendungserhöhung wird benötigt für eine zusätzliche Verwaltungskraft zur Unterstützung der Geschäftsführung in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Social Media und Ausstellungsorganisation; momentan gibt es beim BBK nur eine Teilzeitstelle (30 Stunden) für die Geschäftsführung sowie drei Minijobs für Aufsichtskräfte. - Hinweis: Für 2024 wurde eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) angesetzt.

Gez. Christoph Bratmann

Gez. Lisa-Marie Jalyschko und Helge Böttcher

Unterschrift

SPD-Fraktion
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
50 / FB 50 (Sozialreferat)

Produkt / Kostenart
1.31.3517.10 / 431810

ANTRAG ZUM ERGEBNISHAUSHALT 2023/2024

Überschrift

Quartiersbezogene Nachbarschaftszentren

Teilhaushalt: FB 50 Soziales und Gesundheit, Seite: 656

☐ Ertrag ☒ Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: Transferaufwendungen, Zeile: 18

Produktnummer: 1.31.3517.10

Produktbezeichnung: Förderung der freien Wohlfahrtspflege

Der Antrag gilt: ☐ einmalig ☒ dauerhaft
☐ 2023 ☒ Ab 2023 ☐ für Jahre
☐ 2024 ☐ Ab 2024 ☐ für Jahre

Beantragter Veränderungsbetrag	(+ / -)	für 2023	für/ab 2024
		+ 107.100 €	+ 223.500 €

Es wird zugleich folgende **Deckung** vorgeschlagen:

Teilhaushalt: _____, Seite: _____

☐ Ertrag ☐ Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: _____, Zeile: _____

Produktnummer: _____

Produktbezeichnung: _____

Deckungsbetrag	(+ / -)	für 2023	für/ab 2024
		€	€

Begründung

Dieser Antrag ersetzt die Anträge FWE 077 und FWI 119.

Der AfSG hat in seiner Sitzung am 18.01.2023 die Ansatzveränderung Nr. 52 der Verwaltung zur "Einrichtung von jährlich 2 weiteren Nachbarschaftszentren ab 2023 gemäß Ratsbeschluss vom September 2022" beschlossen. Die damit beschlossene Ansatzerhöhung soll durch diesen Antrag verdoppelt und für die Folgejahre dynamisiert werden. Damit ist gemäß den Leitlinien der Arbeitsgruppe zumindest eine Personalausstattung mit einer Vollzeitstelle (oder zwei Teilzeitstellen) für Koordinierung, Vernetzung und Quartiersarbeit sowie eine Teilzeitstelle für Verwaltungstätigkeiten umsetzbar.

Für 2024 wurde eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) angesetzt.

Gez. Christoph Bratmann

Gez. Lisa-Marie Jalyschko und Helge Böttcher

Unterschrift

SPD-Fraktion
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

37 / FB 37

Projekt-Nr.

5S.370004

ANTRAG ZUM HAUSHALT 2023/2024 / INVESTITIONSPROGRAMM 2022 - 2027

☐ Neues Projekt

☒ Bestehendes Projekt

Projekt-Nr.: 5S.370004

Seite des Investitionsprogramms: 1129 ff.

Bezeichnung des Projektes: FB 37: GVG-Sammelprojekt Feuerwehr

☐ Baukosten

☒ Beschaffungskosten

☐ Zuschuss an Dritte

1. Beantragte Veränderung zum Haushalt 2023 mehr/weniger (+/-) + 45.000 €
Beantragte Veränderung zum Haushalt 2024 Mehr/weniger (+/-) €

2. Es wird beantragt, im Haushalt **2023/2024** eine Verpflichtungsermächtigung

in Höhe von €

zu Lasten der Jahre

2024 in Höhe von €

2025 in Höhe von €

2026 in Höhe von €

2027 in Höhe von €

festzusetzen.

3. Die Gesamtkosten betragen 779.700 €

4. Es werden im Investitionsprogramm folgende Planungsraten beantragt (in T€):

Gesamt- kosten	Vorjahre	Planungsraten					Restbedarf ab 2028
		2023	2024	2025	2026	2027	
bisher -734	-155	-157	-105	-105	-102	-110	0
neu -779	-155	-202	-105	-105	-102	-110	0
Veränd. -45	0	-45	0	0	0	0	0

Begründung:

Dieser Antrag greift die vorliegenden Anträge zum Thema "Tablets für die Fahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehr", die Stellungnahme der Verwaltung (Vorlage 23-20337-01) und die Debatte in der Sitzung des Ausschusses für Feuerwehr, Katastrophenschutz und Ordnung am 17.01.2023 auf.

Die Ansatzerhöhung soll für die Beschaffung von Tablets für die Einsatzfahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehr dienen. Dabei wird von Beschaffungskosten von 1000 € bis 1500 € inkl. Schutzhülle, Fahrzeughalterung und Ladezubehör ausgegangen (vgl. Stellungnahme 23-20337-01).

Gez. Christoph Bratmann

Gez. Lisa-Marie Jalyschko und Helge Böttcher

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Teilhaushalt / Org.-Einheit
KuW / FB 41 (FB 10)
Projekt-Nr.
5S.410010

ANTRAG ZUM HAUSHALT 2023/2024 / INVESTITIONSPROGRAMM 2022 - 2027

☐ Neues Projekt

☒ Bestehendes Projekt

Projekt-Nr.: 5S.410010

Seite des Investitionsprogramms: 1171

Bezeichnung des Projektes: Ref. 0412: GVG-Bibliotheken (410-2200)

☐ Baukosten

☒ Beschaffungskosten

☐ Zuschuss an Dritte

1. Beantragte Veränderung zum Haushalt 2023 mehr/weniger (+/-) + 29.500 €
Beantragte Veränderung zum Haushalt 2024 Mehr/weniger (+/-) €

2. Es wird beantragt, im Haushalt **2023/2024** eine Verpflichtungsermächtigung

in Höhe von €

zu Lasten der Jahre

2024 in Höhe von €

2025 in Höhe von €

2026 in Höhe von €

2027 in Höhe von €

festzusetzen.

3. Die Gesamtkosten betragen 142.900 €

4. Es werden im Investitionsprogramm folgende Planungsraten beantragt (in T€):

Gesamt- kosten	Vorjahre	Planungsraten					Restbedarf ab 2028
		2023	2024	2025	2026	2027	
bisher -113	-32	-16	-16	-16	-16	-16	0
neu -142	-32	-45	0	0	0	0	0
Veränd. -29	0	-29	0	0	0	0	0

Begründung:

Für die öffentlich zugänglichen Räume der Stadtbibliothek, des Städtischen Museums und des Stadtarchivs soll ein öffentlich zugängliches, kostenfreies WLAN eingerichtet werden. Laut Stellungnahme der Verwaltung entstehen für die Einrichtung einmalige Kosten in Höhe von 29.500 €, die noch auf die Referate Stadtbibliothek, Städtisches Museum und Stadtarchiv aufzuteilen wären.

Gez. Christoph Bratmann

Gez. Lisa-Marie Jalyschko und Helge Böttcher

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Teilhaushalt / Org.-Einheit 66 / FB 66
Projekt-Nr. 3E.66Neu

ANTRAG ZUM HAUSHALT 2023/2024 / INVESTITIONSPROGRAMM 2022 - 2027

☒ Neues Projekt

☐ Bestehendes Projekt

Projekt-Nr.: _____

Seite des Investitionsprogramms: _____

Bezeichnung des Projektes: FB 66: Vorplanung für eine weitere Veloroute

☒ Baukosten

☐ Beschaffungskosten

☐ Zuschuss an Dritte

1. Beantragte Veränderung zum Haushalt 2023	mehr/weniger (+/-)	<u>+ 100.000 €</u>
Beantragte Veränderung zum Haushalt 2024	Mehr/weniger (+/-)	<u>+ 100.000 €</u>

2. Es wird beantragt, im Haushalt **2023/2024** eine Verpflichtungsermächtigung

	in Höhe von	<u>€</u>
zu Lasten der Jahre	2024 in Höhe von	<u>€</u>
	2025 in Höhe von	<u>€</u>
	2026 in Höhe von	<u>€</u>
	2027 in Höhe von	<u>€</u>

festzusetzen.

3. Die Gesamtkosten betragen 200.000 €

4. Es werden im Investitionsprogramm folgende Planungsraten beantragt (in T€):

Gesamt- kosten	Vorjahre	Planungsraten					Restbedarf ab 2028
		2023	2024	2025	2026	2027	
bisher 0	0	0	0	0	0	0	0
neu -200	0	-100	-100	0	0	0	0
Veränd -200	0	-100	-100	0	0	0	0

Begründung:

Dieser Antrag ersetzt die Anträge FWI 121, FWI 122 und FWI 123.

Mit dem Beschluss über den Ziele- und Maßnahmenkatalog "Radverkehr in Braunschweig" hat der Rat ein sehr ehrgeiziges Programm zur Förderung des Radverkehrs beschlossen, das bis zum Jahr 2030 abgearbeitet werden soll. Dies betrifft auch die Velorouten. Daher sollen bereits im Doppelhaushalt 2023/2024 Planungsmittel für eine weitere Veloroute eingeplant werden. Die zur Umsetzung der Planung erforderlichen weiteren Mittel sind rechtzeitig in das Investitionsprogramm

aufzunehmen. Dabei sind die Möglichkeiten, Fördermittel von Land und Bund in Anspruch zu nehmen, auszuloten und auszuschöpfen.

Gez. Christoph Bratmann

Gez. Lisa-Marie Jalyschko und Helge Böttcher

Unterschrift

Teilhaushalt / Org.-Einheit
67 / FB 67
Projekt-Nr.
5E.670064

ANTRAG ZUM HAUSHALT 2023/2024 / INVESTITIONSPROGRAMM 2022 - 2027

☐ Neues Projekt

☒ Bestehendes Projekt
Projekt-Nr.: 5E.670064

Seite des Investitionsprogramms: 1302

Bezeichnung des Projektes: FB 67: Sanierung Skateranlage Prinzenpark

☒ Baukosten ☐ Beschaffungskosten ☐ Zuschuss an Dritte

1. Beantragte Veränderung zum Haushalt 2023 mehr/weniger (+/-) + 45.000 €
Beantragte Veränderung zum Haushalt 2024 Mehr/weniger (+/-) €

2. Es wird beantragt, im Haushalt **2023/2024** eine Verpflichtungsermächtigung

in Höhe von €
zu Lasten der Jahre 2024 in Höhe von €
2025 in Höhe von €
2026 in Höhe von €
2027 in Höhe von €

festzusetzen.

3. Die Gesamtkosten betragen 798.000 €

4. Es werden im Investitionsprogramm folgende Planungsraten beantragt (in T€):

Gesamt- kosten	Vorjahre	Planungsraten					Restbedarf ab 2028
		2023	2024	2025	2026	2027	
bisher -753	-553	-200	0	0	0	0	0
neu -798	-553	-245	0	0	0	0	0
Veränd. -45	0	-45	0	0	0	0	0

Begründung:

Dieser Antrag greift den Antrag des Stadtbezirksrats 120 - Östliches Ringgebiet zum selben Thema auf und korrigiert dabei die beantragte Ansatzveränderung.

Beantragt werden zusätzliche Hausmittel i. H. v. 45.000 € für 2023 für die Realisierung eines Trinkwasserbrunnens. Die Arbeiten sollen im Zuge der Sanierung der Skateranlage im Prinz-Albrecht-Park erfolgen. - In der Sitzung des Umwelt- und Grünflächenausschusses am 25.01.2023 führte die Verwaltung aus, dass von Baukosten i. H. v. ca. 45.000 € für die Maßnahme auszugehen ist.

Gez. Christoph Bratmann

Gez. Lisa-Marie Jalyschko und Helge Böttcher

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

SPD-Fraktion
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit <u>67 / FB 67</u>
Projekt-Nr. <u>5S.670036</u>

ANTRAG ZUM HAUSHALT 2023/2024 / INVESTITIONSPROGRAMM 2022 - 2027

☐ Neues Projekt

☒ Bestehendes Projekt

Projekt-Nr.: 5S.670036

Seite des Investitionsprogramms: 1304

Bezeichnung des Projektes: FB 67: GVG- Ankäufe von Bäumen

☐ Baukosten

☒ Beschaffungskosten

☐ Zuschuss an Dritte

1. Beantragte Veränderung zum Haushalt 2023	mehr/weniger (+/-)	<u>+ 55.000 €</u>
Beantragte Veränderung zum Haushalt 2024	Mehr/weniger (+/-)	<u>+ 55.000 €</u>

2. Es wird beantragt, im Haushalt **2023/2024** eine Verpflichtungsermächtigung

	in Höhe von	<u>€</u>
zu Lasten der Jahre	2024 in Höhe von	<u>€</u>
	2025 in Höhe von	<u>€</u>
	2026 in Höhe von	<u>€</u>
	2027 in Höhe von	<u>€</u>

festzusetzen.

3. Die Gesamtkosten betragen 5.032.200 €

4. Es werden im Investitionsprogramm folgende Planungsraten beantragt (in T€):

Gesamt- kosten	Vorjahre	Planungsraten					Restbedarf ab 2028
		2023	2024	2025	2026	2027	
bisher-4.922	-4.105	-163	-163	-163	-163	-163	0
neu -5.032	-4.105	-218	-218	-163	-163	-163	0
Veränd -110	0	-55	-55	0	0	0	0

Begründung:

Dieser Antrag ersetzt die Anträge FWI 129 und FWI 130.

Da in den letzten Jahren mehr Bäume, z. B. durch Stürme und Dürresommer, verloren gingen, als neue gepflanzt werden konnten, soll der Ansatz für Auszahlungen für die Neupflanzung von Bäumen, die in der Vergangenheit verloren gegangen sind, erhöht werden. Dies ist insbesondere für eine Verbesserung des Stadt- und Mikroklimas wichtig.

Gez. Christoph Bratmann
Gez. Lisa-Marie Jalyschko und Helge Böttcher

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

SPD-Fraktion
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
BIBS-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Org.-Einheit
FB 40

ANTRAG ZUM HAUSHALT 2023/2024

- ☒ Stellenplan (für die Verwaltung)
- ☐ Stellenübersicht (für die Sonderrechnungen)
- ☐ Dauerhaft
- ☐ ab 2023
 - ☐ ab 2024
- ☒ Vorübergehend
- ☐ 2023
 - ☐ 2024
 - ☒ 2023 bis 2025

Überschrift

Förderprojekt zur vielfältigen demokratischen politischen Bildung der Braunschweiger Schüler*innen

Beschlussvorschlag

Beim FB 40 wird eine halbe Stelle eingerichtet, um Förderprojekte zur vielfältigen demokratischen politischen Bildung von Braunschweiger Schüler*innen zu unterstützen.

Die (halbe) Stelle dient zur Wahrnehmung von Koordinationsaufgaben und soll insbesondere

1. die Projekte gegen Rassismus und rechte Gewalt, welche bereits in Braunschweiger Schulen laufen, organisatorisch und koordinativ unterstützen;
2. Schulen dabei unterstützen, sich für das Programm "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage" zu bewerben sowie Schulen, die bereits den Titel besitzen, miteinander vernetzen;
3. regionale Bildungspartner*innen der politischen Bildung gegen Rassismus und Rechtsextremismus ermitteln, miteinander vernetzen und bei der Vermittlung und Finanzierung von Angeboten an Schulen helfen;
4. Bedarfe der politischen Bildung insbesondere im Themenbereich der Rassismusprävention und -bekämpfung ermitteln, hier bereits vorhandene Angebote ermitteln sowie ggf. mit weiteren Partner*innen Angebote erstellen;
5. das Einwerben von passenden Fördermitteln prüfen und ggf. umsetzen.

Die Stelle wird als Modellprojekt installiert und nach zwei Jahren evaluiert.

Begründung

Die Anzahl politisch motivierter Straftaten rechtsextremer Täter*innen hat in Braunschweig in letzter Zeit zugenommen. Vor allem Jugendliche geraten in den Fokus rechter und populistischer Einflüsse, sodass es wichtig ist, ihre Resilienz gegenüber diesen Ideologien zu stärken. So wünschten sich laut der CTC-Befragung unter Braunschweiger Schüler*innen 4,1 % der Kinder und Jugendlichen, dass Deutschland von einem „Führer mit starker Hand“ regiert werden solle. Um sich gegen rechte Einflüsse und Gewalt zur Wehr setzen zu können, müssen ihnen Werkzeuge an die Hand gegeben werden, die sie bei der Entwicklung einer demokratischen Gegenpraxis unterstützen.

Um möglichst viele Kinder und Jugendliche ansprechen zu können, sollen Präventionsangebote an Braunschweiger Schulen stattfinden. Dabei ist es wichtig, die Angebotsstruktur zu erfassen, an die Schulen zu kommunizieren und mit den Erfordernissen des schulischen Alltags in Einklang zu bringen, sodass möglichst viele Schulen an den Angeboten teilnehmen und somit möglichst viele Schüler*innen erreicht und in ihrer Resilienz gestärkt werden. Eben diesen Zweck soll die Koordinationsstelle durch das oben angeführte Aufgabenspektrum erfüllen. Die Abstimmung mit dem Regionalen Landesamt für Schule und Bildung Braunschweig ist vorzunehmen. Eine Vernetzung mit der vorhandenen Koordinationsstelle im Büro für Migrationsfragen wäre hier sicherlich eine Möglichkeit, dieses Ziel zu erreichen. Als Modellprojekt soll die Stelle nach zwei Jahren erstmals evaluiert werden.

Gez. Christoph Bratmann
Gez. Lisa-Marie Jalyschko und Helge Böttcher
Gez. Bianca Braunschweig

Unterschrift

Anlage 4.1

Ergebnishaushalt

Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

1. Ergänzungsvorlage

Stand: 24. Februar 2023

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Teilhaushalt					Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen			
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto	Antragsteller	2023		2024		2025		2026		2027						
			Art des Ertrages/Aufwands	Ausschuss	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen					
Fachbereich 40 - Schule					0	+	26.000	0	+	43.300	0	+	43.300	0	0	0	0		
179	1.21.2430.11	Schulentwicklung und -organisation	427110 Bes. Verwaltungs- und Betriebsaufwendg.	SPD / Bündnis 90/Die Grünen / BIBS	Förderprojekt zur vielfältigen demokratischen politischen Bildung der Braunschweiger Schüler*innen (Begründung s. Antrag)										3 Jahre	s. auch SP 190 im Abschnitt "Anträge zum Stellenplan" ab Ende dieser Liste			
				FPDA	Dafür:		+	26.000		+	43.300		+	43.300					
					Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:		Bitte auswählen								
Kultur und Wissenschaft					0	+	51.500	0	+	52.100	0	+	52.800	0	+	40.200	0	+	40.700
180	Diverse	Diverse	427145 EDV-Kosten	SPD / Bündnis 90/Die Grünen	Öffentliches WLAN in städtischen Kultureinrichtungen Für die öffentlich zugänglichen Räume der Stadtbibliothek, des Städtischen Museums und des Stadtarchivs soll ein öffentlich zugängliches, kostenfreies WLAN eingerichtet und betrieben werden. Laut Stellungnahme der Verwaltung (Vorlage 23-20330) werden für den Betrieb jährliche Kosten in Höhe von 21.000 € geschätzt.										dauerhaft	Anmerkung der Verwaltung: Verweis auf die Stellungnahme der Verwaltung (vgl. DS.-Nr. 23-20330-02) zum Antrag FWI 118. Verweis auf FWI 118 Neu und FWI 185.			
				FPDA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:		Bitte auswählen								
168	Diverse	Diverse	427145 EDV-Kosten	CDU	kostenloses WLAN in städt. Kultureinrichtungen Aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung (vgl. DS.-Nr. 23-20330-02) zum vorliegenden Antrag FWI 118 wird zum einen ein neuer Antrag zum Investitionsprogramm eingereicht und zum anderen dieser Antrag mit den in der angesprochenen Stellungnahme ermittelten Kosten für den dauerhaften Betrieb eines kostenlosen WLAN in den städtischen Kultureinrichtungen. Wie in 23-20330-02 angesprochen, soll die dauerhafte Veranschlagung der laufenden Kosten für den Betrieb bei der bedarfstragenden Organisationseinheit erfolgen.										dauerhaft	Anmerkung der Verwaltung: Verweis auf die Stellungnahme der Verwaltung (vgl. DS.-Nr. 23-20330-02) zum Antrag FWI 118. Verweis auf FWI 118 Neu und FWI 185.			
				FPDA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:		Bitte auswählen								

047	1.25.2522.09	Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	Jugendkunstschule Buntich Die Jugendkunstschule Buntich benötigt die beantragte Erhöhung des Zuschusses, um die Honorarsätze für die freiberuflichen Dozent*innen auf ein angemessenes Niveau anheben zu können. Zudem möchte Buntich den gestiegenen Ansprüchen der Teilnehmer*innen an Ausstattung und Praxis entsprechen und die erheblichen Preissteigerungen bei Miet-, Energie- und Materialkosten auffangen können. Die Erhöhung soll zunächst für 2 Jahre vorgenommen werden, anschließend soll es eine Evaluation der konzeptionellen Neuausrichtung und Weiterentwicklung der Jugendkunstschule geben.										dauerhaft	
				AfKW	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Passieren lassen					
181	1.25.2522.09	Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD / Bündnis 90/Die Grünen	Jugendkunstschule Buntich Der Antrag ersetzt den Antrag FWE 047. Die Jugendkunstschule buntich wurde 1988 gegründet und bietet jährlich drei Programme mit zahlreichen Kursen und Projekten an, an denen ca. 1500 Schüler*innen teilnehmen. Hinzu kommen Kunst-Events, Kindergeburtstage, Schul- und Kita-Projekte sowie Kooperationen. Die Jugendkunstschule benötigt die beantragte Erhöhung der Zuwendung, um die Honorare der freiberuflichen Dozent*innen auf einen üblichen Stundensatz anzuheben. Damit verbunden ist eine konzeptionelle Weiterentwicklung der Schule. Die Erhöhung der Zuwendung ist zunächst für 3 Jahre befristet, da nach 2 Jahren eine Evaluation der konzeptionellen Neuausrichtung und Weiterentwicklung der Jugendkunstschule stattfinden soll. - Hinweis: Für 2024 wurde eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) angesetzt.										3 Jahre	
				FPDA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:		Bitte auswählen	Der Antrag ersetzt den Antrag FWE 047.				
048	1.25.2522.09	Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	Anhebung Zuschuss Jugendkunstschule buntich Braunschweig e.V. (Beschlusstext und Begründung s. Antrag)										dauerhaft	Ab 2025 ist eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) berücksichtigt.
				AfKW	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Passieren lassen					
				FPDA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:		Bitte auswählen					
049	1.25.2522.09	Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	Jugendkunstschule buntich e. V. Die Jugendkunstschule buntich e. V. wurde bereits 1988 gegründet und ist in Braunschweig eine Institution. Durchschnittlich nehmen jedes Jahr ca. 1.800 Schüler:innen an Projekten und Kursen der Jugendkunstschule teil. Dazu kommen noch etwa 400 Teilnehmer:innen in Schul- und KITA-Projekten, bei Kunst-Events, Kindergeburtstagen sowie in weiteren Kooperationen. Aufgrund der Anhebung der Honorarsätze für die freiberuflichen Dozent:innen auf ein angemessenes Niveau, der gestiegenen Ansprüche an Ausstattung und Praxis (die Kunstschulpraxis muss methodisch experimenteller und innovativer werden) sowie der durch Corona fast aufgebrauchten Rücklagen, benötigt der Verein eine leichte Erhöhung der städtischen Förderung.										dauerhaft	Ab 2025 ist eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) berücksichtigt.
				AfKW	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Passieren lassen					
				FPDA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:		Bitte auswählen					
SBR 02	1.25.2522.09	Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SBR 310	Anhebung Zuschuss buntich Jugendkunstschule Braunschweig e. V. Die buntich Jugendkunstschule Braunschweig e.V. steht vor mehreren finanziellen Herausforderungen. So müssen z.B. die Honorarsätze für die freiberuflichen Dozent:innen auf ein angemessenes Niveau angehoben werden. Bereits im Januar 22 fand eine Erhöhung auf 25 Euro statt. Doch um die freiberuflich tätigen, qualifizierten Fachkräfte angemessen zu bezahlen und auch zukünftig an die Kunstschule zu binden, ist eine weitere Erhöhung auf 30 Euro ab Januar unabdingbar. Zusätzlich sieht sich buntich mit erheblichen Preissteigerungen konfrontiert. So stiegen die Mietkosten zum 1.8.22. Auch die Energiekosten und Materialkosten steigen kontinuierlich an und müssen aufgefangen werden, wobei die Rücklagen wegen Corona fast aufgebraucht sind. Da die Jugendkunstschule ein wichtiger Punkt der Braunschweiger Jugend- und Kulturförderung ist, ist es aus unserer Sicht dringend notwendig, den Zuschuss entsprechend des Antrages von buntich anzupassen.										dauerhaft	Ab 2025 ist eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) berücksichtigt.
				AfKW	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Passieren lassen					
				FPDA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:		Bitte auswählen					

050	1.25.2522.09	Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	Bund Bildender Künstler (BBK) Die Erhöhung, um die der Bund Bildender Künstler (BBK) die Stadt Braunschweig bittet, ergibt sich insbesondere aus der Notwendigkeit, eine zusätzliche Verwaltungskraft und Unterstützung der Geschäftsführung anzustellen. Damit soll die chronische personelle Unterbesetzung etwas gemildert werden – momentan gibt es beim BBK nur eine Teilzeitstelle (30 Stunden) für eine Geschäftsführerin sowie 3 Minijobs für Aufsichtskräfte. Darunter leiden insbesondere die Öffentlichkeitsarbeit und die Social-Media-Aktivitäten des Kunsthauses.										dauerhaft					
				AfKW	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Passieren lassen									
182	1.25.2522.09	Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD / Bündnis 90/Die Grünen	Bund Bildender Künstler Der Antrag ersetzt den Antrag FWE 050. Der Bund Bildender Künstler (BBK) hat sich mit seinem Kunsthaus an der Humboldtstraße zu einem überregional bekannten Ausstellungsort entwickelt und als Anlaufstelle insbesondere für junge Künstler*innen der HBK etabliert. Mit seinem hochkarätigen Ausstellungs- und Kunstvermittlungsprogramm und dank der vielfältigen Vernetzungsarbeit ist der BBK eine unverzichtbare Bereicherung für die Stadt Braunschweig. Dies zeigten zuletzt Projekte wie JUSTAMENTE und "art to believe". Die beantragte Zuwendungserhöhung wird benötigt für eine zusätzliche Verwaltungskraft zur Unterstützung der Geschäftsführung in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Social Media und Ausstellungsorganisation; momentan gibt es beim BBK nur eine Teilzeitstelle (30 Stunden) für die Geschäftsführung sowie drei Minijobs für Aufsichtskräfte. - Hinweis: Für 2024 wurde eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) angesetzt.										dauerhaft					
				FPDA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:		Bitte auswählen	Der Antrag ersetzt den Antrag FWE 050.								
051	1.25.2522.09	Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	Kontinuitätsförderung des Bundes Bildender Künstler (Kunsthau BBK) (Begründung s. Antrag)										dauerhaft	Ab 2025 ist eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) berücksichtigt.				
						+	17.600		+	16.100		+	16.500		+	16.900		+	17.300	
				AfKW	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Passieren lassen									
				FPDA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:		Bitte auswählen									
052	1.25.2522.09	Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	Braunschweiger Bildende Künstlerinnen und Künstler (BBK) e. V. Der Verein Braunschweiger Bildende Künstlerinnen und Künstler (BBK) beantragt für sein Kunsthaus im ehemaligen Zollhaus an der Humboldtstraße eine Erhöhung der Kontinuitätsförderung, um eine zusätzliche Verwaltungskraft und Unterstützung der Geschäftsführung im Bereich Öffentlichkeitsarbeit einzustellen. Das Kunsthaus wird für seine qualitativ hochwertigen Ausstellungen, seine hochkarätige und innovative Kunstvermittlung sowie als Schnittstelle zwischen den KünstlerInnen der Region und der kunstinteressierten Öffentlichkeit geschätzt. Seit einigen Jahren ist das Kunsthaus außerdem eine wichtige Anlaufstelle für junge Kunst-AbsolventInnen.										dauerhaft	Ab 2025 ist eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) berücksichtigt.				
						+	17.600		+	16.100		+	16.500		+	16.900		+	17.300	
				AfKW	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Passieren lassen									
				FPDA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:		Bitte auswählen									

Fachbereich 50 - Soziales und Gesundheit					0	+	107.100	0	+	223.500	0	+	335.200	0	+	446.900	0	+	558.600			
077	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	Quartiersbezogene Nachbarschaftszentren (Beschlusstext und Begründung s. Antrag)		+	214.200		+	442.300		+	684.700		+	941.900		+	1.214.400	dauerhaft	Anm. der Verw.: Die Beträge stellen den Mehrbedarf gegenüber der Ansatzveränderung der Verwaltung (Nr. 52) aufgrund des Ratsbeschlusses v. 22.08.2022 dar. Zusätzlich sind Mehrbedarfe in der Liste der finanzwirksamen Anträge zum IM enthalten (FWI 119).
				AfSG	Dafür:	10	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Passieren lassen											
183	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD / Bündnis 90/Die Grünen	Quartiersbezogene Nachbarschaftszentren Dieser Antrag ersetzt die Anträge FWE 077 und FWI 119. Der AfSG hat in seiner Sitzung am 18.01.2023 die Ansatzveränderung Nr. 52 der Verwaltung zur "Einrichtung von jährlich 2 weiteren Nachbarschaftszentren ab 2023 gemäß Ratsbeschluss vom September 2022" beschlossen. Die damit beschlossene Ansatzerhöhung soll durch diesen Antrag verdoppelt und für die Folgejahre dynamisiert werden. Damit ist gemäß den Leitlinien der Arbeitsgruppe zumindest eine Personalausstattung mit einer Vollzeitstelle (oder zwei Teilzeitstellen) für Koordinierung, Vernetzung und Quartiersarbeit sowie eine Teilzeitstelle für Verwaltungstätigkeiten umsetzbar. Für 2024 wurde eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) angesetzt.		+	107.100		+	223.500		+	335.200		+	446.900		+	558.600	dauerhaft	Anm. der Verw.: Die Beträge stellen den Mehrbedarf gegenüber der Ansatzveränderung der Verwaltung (Nr. 53) aufgrund des Ratsbeschlusses v. 22.08.2022 dar.
				FPDA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:		Bitte auswählen	Dieser Antrag ersetzt den Antrag FWE 077.										

Anträge zum Stellenplan

Diverse Teilhaushalte		0	+	177.300	0	+	334.600	0	+	341.292	0	+	385.254	0	+	392.959		
-----------------------	--	---	---	---------	---	---	---------	---	---	---------	---	---	---------	---	---	---------	--	--

Teilhaushalt Fachbereich 40 - Schule

190				SPD / Bündnis 90/Die Grünen / BIBS	Förderprojekt zur vielfältigen demokratischen politischen Bildung der Braunschweiger Schüler*innen (Beschlussvorschlag und Begründung s. Antrag)										3 Jahre	s. Antrag zum Ergebnishaushalt (FWE 179)	
					9.700		+	38.700		+	39.474						
				FPDA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:		Bitte auswählen						

Kultur und Wissenschaft

141				SPD / Bündnis 90/Die Grünen	Wissenschaftliche Sachbearbeitung zur Koordination des KultEP Im Fachbereich 41 wird für die Umsetzung der vielfältigen kulturpolitischen Fragestellungen und zur Umsetzung der Ergebnisse des Kulturentwicklungsprozesses dauerhaft eine nach Entgeltgruppe 13 dotierte Stelle für eine*n wiss. Sachbearbeiter*in geschaffen. (Begründung s. Antrag)								dauerhaft	Anmerkung der Verwaltung: Für die Schaffung einer Stelle der EGr. 13 TVöD würden insgesamt zusätzliche Personalkosten i. H. v. ca. 89.100 € jährlich (2023 anteilig ca. 22.300 € für 3 Monate) anfallen.						
	*)					22.300		+	89.100		+	90.882		+	92.700		+	94.554		
				AfKW	Dafür:	8	Dagegen:	3	Enthaltung:	-	Angenommen									

Teilhaushalt Fachbereich 66 - Tiefbau und Verkehr

142			Bündnis 90/Die Grünen	Radverkehr: Schaffung von 4,25 Stellen im FB 66 Im Fachbereich 66 Tiefbau und Verkehr sollen für die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Ziele- und Maßnahmenkatalog "Radverkehr in Braunschweig" 4,25 Stellen aus der Stellenreserve entnommen und möglichst schnell ausgeschrieben werden. Ziel ist eine Besetzung der Stellen möglichst früh im Jahr 2023, idealerweise noch vor Ablauf des 2. Quartals. Sollte sich zum Ende dieser Frist abzeichnen, dass die Stellen nicht besetzt werden können, sollen die Mittel kapitalisiert und z.B. für externe Auftragsvergaben genutzt werden können. (Begründung s. Antrag)	dauerhaft	Anmerkung der Verwaltung: Vorgesehen ist die Schaffung von 3,25 Stellen für Radverkehrsmaßnahmen im FB 66 (damit insgesamt 11,00 Stellenschaffungen für Radverkehr). Freigabe aus Stellenreserve möglich, dadurch zusätzliche Personalkosten in 2023 (ca. 61.100 €). Sollte außerdem 1,00 weitere Stelle über die im Jahr 2023 vorgeschlagenen 3,25 Stellen hinaus geschaffen werden, würden zusätzliche Kosten für 2023 i. H. v. ca. 38.700 € (bei vorzeitiger Freigabe aus der Stellenreserve) und für 2024 i. H. v. ca. 77.400 € anfallen. Alternativ wäre eine Verwendung der kapitalisierten Haushaltsmittel für externe Auftragsvergaben möglich.							
*)				99.800	+	77.400	+	78.948	+	80.527	+	82.137	
			AMTA	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Passieren lassen			
			FPDA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:		Bitte auswählen			

Teilhaushalt FB 67 - Stadtgrün und Sport

144				CDU	Streichung des kw-Vermerks der Stelle 06331 Der kw-Vermerk an der Stelle 06331 (Sachbearbeiter/in Förderprogramm Dach-, Fassaden-, Innenhof- und Vorgartenbegrünung) wird gestrichen. (Begründung s. Antrag)								dauerhaft	Anmerkung der Verwaltung: Die Verwaltung hatte im Verwaltungsentwurf zum Stellenplan 2024 vom September 2022 die Änderung des kw 2024)-Vermerks in einen kw 5)-Vermerk (Stellenwegfall bei Aufgabenminderung) vorgesehen. Der Stellenbedarf ist abhängig von der weiteren Bereitstellung der Haushaltsmittel für die Förderprogramme. Bislang sind Haushaltsmittel bis 2025 dafür vorgesehen, solange besteht auch der Bedarf für diese Stelle. Der kw 5)-Vermerk ist daher zielgerichtet. Abhängig von der Bereitstellung von Fördermitteln ab 2026 würden auch Personalkosten i. H. v. ca. 77.400 € jährlich weiterhin anfallen.						
	*)					0		0		0		+	77.400		+	78.948				
				UGA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:		Passieren lassen	Einstimmig, Blockabstimmung mit SP 145								
				FPDA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:		Bitte auswählen									
145				Bündnis 90/Die Grünen	Stelle „Förderprogramm Dach-, Fassaden-, Innenhof- und Vorgartenbegrünung“ Bei der Stelle „Sachbearbeiter/in Förderprogramm Dach-, Fassaden-, Innenhof- und Vorgartenbegrünung“ (Stellenplannummer 06331 im Stellenplan 2024) wird der kw-Vermerk gestrichen. (Begründung s. Antrag)								dauerhaft	Anmerkung der Verwaltung: Auf die Anmerkung zum Antrag SP 144 zum StPl 2023 wird verwiesen.						
	*)					0		0		0		+	77.400		+	78.948				
				UGA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:		Passieren lassen	Einstimmig, Blockabstimmung mit SP 144								
				FPDA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:		Bitte auswählen									
146				Bündnis 90/Die Grünen	Schaffung der Stelle einer sportpädagogischen Fachkraft im Referat 0670 Im Referat 0670 ist die Stelle einer sportpädagogischen Fachkraft neu zu schaffen. Diese Stelle soll als Vollzeitstelle ausgestaltet werden. Zum Aufgabengebiet soll u.a. gehören: • Ausbau und Verstetigung der Zusammenarbeit sowie die Vernetzung der für Sport und Bewegung in Braunschweig relevanten Gruppen und Institutionen. • Intensivierung der Kooperation zwischen Trägern des Sports sowie Kindertagesstätten und Schulen. • Unterstützung und Initiierung von öffentlichen sportlichen Angeboten und Events. • Entwicklung von niederschwelligen, interkulturellen und sportartübergreifende Sport- und Bewegungsformen für Kinder und Jugendliche in Braunschweig. • Qualifizierte Öffentlichkeitsarbeit zur Bedeutung von Bewegung und Sport sowie Information über die vorhandenen Sportstätten und Sportangebote. (Begründung s. Antrag)								dauerhaft	Anmerkung der Verwaltung: Bei der Schaffung einer Stelle der EGr. 10 TVoD würden insgesamt zusätzliche Personalkosten i. H. v. ca. 76.800 € jährlich (2023 anteilig ca. 19.200 € für 3 Monate) anfallen.						
	*)					+	19.200		+	76.800		+	78.336		+	79.903		+	81.501	
				SpA	Dafür:	11	Dagegen:	-	Enthaltung:	-	Passieren lassen									
				FPDA	Dafür:		Dagegen:		Enthaltung:		Bitte auswählen									

Teilhaushalt FB 68 - Umwelt

147				Bündnis 90/Die Grünen	Schaffung einer vollen Stelle für die Sachbearbeitung Buchungswesen im FB 68 U.a. zur Bearbeitung des Förderprogramms regenerative Energien und der Anträge von Umweltorgonitionen auf städtische Förderung ist im FB 68 eine Stelle für die Sachbearbeitung des Buchungswesens neu zu schaffen. Diese Stelle ist als Vollzeitstelle anzusetzen und zunächst aus der Stellenreserve zu entnehmen, um eine schnelle Besetzung zu ermöglichen. (Begründung s. Antrag)										dauerhaft	Anmerkung der Verwaltung: Die Bearbeitung der Förderanträge erfolgt innerhalb der Verwaltungsabteilung des Fachbereichs 68 Umwelt. Für die Schaffung einer zusätzlichen Stelle der EGr. 7 TVöD würden insgesamt zusätzliche Personalkosten i. H. v. ca. 52.600 € jährlich (2023 anteilig 26.300 € für 6 Monate bei vorzeitiger Freigabe) anfallen. Eine Freigabe dieser Stelle aus der Stellenreserve 2022 ist grundsätzlich möglich.				
	*)					+	26.300		+	52.600		+	53.652		+	54.725		+	55.820	
				UGA	Dafür:		11	Dagegen:		-	Enthaltung:		-	Passieren lassen	Blockabstimmung mit SP 143 und 148					
				FPDA	Dafür:			Dagegen:			Enthaltung:			Bitte auswählen						

*) Die finanziellen Auswirkungen der Anträge zum Stellenplan SP 141, 142 und 144 bis 147 wurden gegenüber der Hauptvorlage für den Zeitraum ab 2025 ff. angepasst.

Anlage 4.2

Ergebnishaushalt

Ansatzveränderungen der Verwaltung

1. Ergänzungsvorlage

Stand: 27. Februar 2023

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Teilhaushalt				Veränderungen in €								Annahme	Ablehnung	Dauer		
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto	2023 Aufwendungen	2024		2025		2026		2027					
			Art des Ertrags/Aufwands		Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge				Aufwendungen	
Fachbereich 50 - Soziales und Gesundheit				+ 100.000	0	0	0	0	0	0	0	0				
86	Neu	Neu	Diverse Diverse Aufwandskonten	Vorsorgliche Berücksichtigung eines zusätzlichen Haushaltsansatz für etwaige Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Härtefallfonds für Strom- und Gaskunden o.ä.										2,2		einmalig
				+ 100.000									2,2			
Diverse Teilhaushalte				+ 5.963.084	0	+ 22.755.349	0	+ 10.907.816	0	+ 11.108.682	0	+ 11.304.024				
85	Diverse	Diverse	Diverse Diverse Personal- und Versorgungsaufwendungen	Personalkostenanmeldungen (nachrichtlich, Abstimmung im Rahmen der Anlage 4.2 der Hauptvorlage)												dauerhaft
				+ 3.066.500		+ 16.848.985		+ 9.100.003		+ 9.117.233		+ 9.245.396				
			Davon Rückstellungen	- 401.400		+ 9.504.900		+ 717.500		+ 581.500		+ 554.100				
87	Diverse	Diverse	Diverse Diverse Personal- und Versorgungsaufwendungen	Zusätzliche Anpassung Personalkosten (ergänzend zur lfd. Nr. 85)										2,2		dauerhaft
				+ 5.963.084		+ 22.755.349		+ 10.907.816		+ 11.108.682		+ 11.304.024	2,2			
			Davon Rückstellungen	0		+ 12.378.975		+ 220.386		+ 224.898		+ 219.960				

Anlage 5.1

Finanzhaushalt

Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

1. Ergänzungsvorlage

Stand: 27. Februar 2023

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 37 - Feuerwehr												
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		45.000		45.000	0	0	0	0	0	
184	5S.370004	FB 37: GVG-Sammelprojekt Feuerwehr	SPD-Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN									
		bisher		734.700	155.000	157.700	105.000	105.000	102.000	110.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 45.000 EUR für 2023 für die Anschaffung von Tablets für die Einsatzfahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehren.
		neu		779.700	155.000	202.700	105.000	105.000	102.000	110.000	0	
		Veränderung		45.000		45.000	0	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung Es liegt ein ähnlicher Antrag der CDU-Fraktion (FWI 117 NEU) vor, der jedoch eine Mittelaufstockung bereits für 2023 anstatt 2024 vorsieht. Eine der Anträge wäre abzulehnen.

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 41 - Kultur und Wissenschaft												
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		29.500		29.500	0	0	0	0	0	
185	5S.410010	Ref. 0412: GVG-Bibliotheken (410-2200)	SPD-Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN									
			bisher	113.400	32.400	16.200	16.200	16.200	16.200	16.200	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 29.500 EUR für 2023 für die Einrichtung eines kostenloses W-LAN in städtischen Kultureinrichtungen (Stadtbibliothek, Städtisches Museum und Stadtarchiv).
			neu	142.900	32.400	45.700	16.200	16.200	16.200	16.200	0	
			Veränderung	29.500		29.500	0	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung Sollte für die Einrichtung des WLANS der bestehende Rahmenvertrag genutzt werden, können nach den vorliegenden Schätzungen Kosten in Höhe von 29.500 EUR in der Stadtbibliothek, dem Städtischen Museum und dem Stadtarchiv entstehen. Die Kosten sind noch auf die Einrichtungen Stadtbibliothek, Städtisches Museum und Stadtarchiv aufzuteilen. Für den Betrieb des WLANS werden jährliche Kosten in Höhe von 21.000 EUR geschätzt, die im Ergebnishaushalt zusätzlich zu veranschlagen sind. siehe auch Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 6) Es liegt ein gleichlautender Antrag der CDU-Fraktion (FWI 118 NEU) vor. Eine der Anträge wäre abzulehnen. Weiterhin haben die SPD-Fraktion und die BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -Fraktion einen Antrag auf Bereitstellung von Finanzmitteln für den dauerhaften Betrieb des WLANS in Höhe von jährlich 21.500 EUR gestellt (180). Auch hierzu liegt ein gleichlautender Antrag der CDU-Fraktion vor (FWE 168).

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 66 - Tiefbau und Verkehr												
Maßnahmen Radverkehr												
Bau von Velorouten												
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			200.000		100.000	100.000	0	0	0	0	
186	3E.66 NEU	FB 66:Veloroute Nr.2 / Vorplanung	SPD-Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN									zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 200.000 EUR (2023 und 2024 je 100.000 EUR) für die Planung von einer weiteren Velorouten; die zur Umsetzung der Planung erforderlichen weiteren Mittel sind rechtzeitig in das Investitionsprogramm aufzunehmen; dabei sind die Möglichkeiten, Fördermittel von Land und Bund in Anspruch zu nehmen, auszuloten und auszuschöpfen. Die ähnlichen Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN (FWI 121 und FWI 123) sowie der SPD Fraktion (FWI 122) werden durch diesen Antrag ersetzt.
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	
			neu	200.000	0	100.000	100.000	0	0	0	0	
			Veränderung	200.000	0	100.000	100.000	0	0	0	0	

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 67 - Stadtgrün und Sport Installation Trinkwasserbrunnen												
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			45.000		45.000	0	0	0	0	0	
187	5E.670064	FB 67: Prinzenpark / Sanierung	SPD-Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bisher 753.000 553.000 200.000 0 0 0 0 0 neu 798.000 553.000 245.000 0 0 0 0 0 Veränderung 45.000 45.000 0 0 0 0 0									zusätzliche Hausmittel i. H. v. 45.000 EUR für 2023 für die Realisierung eines Trinkwasserbrunnens im Prinz-Albrecht-Park; die Arbeiten sollen im Zuge der Neugestaltung Skaterpark im Prinz-Albrecht-Park erfolgen. Anmerkung der Verwaltung: Es liegt eine inhaltliche Überschneidung mit dem Antrag des SBR 120 vor, nach dem Haushaltsmittel in Höhe von 25.000 EUR für die für die Realisierung eines Trinkwasserbrunnens im Prinzenpark beantragt werden.

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
Baumpflanzungen												
Baumpflanzungen aufgrund der Stürme, etc. in den letzten Jahren												
10		Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		0		0	0	0	0	0	0	
188	5S.670036	FB 67: GVG- Ankäufe von Bäumen	SPD-Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN									zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 110.000 EUR (2023 und 2024 je 55.000 EUR) für die Neupflanzung von Bäumen als Ersatz für die in den letzten Jahren verlorengegangenen Bestände aufgrund von Stürmen etc. Die Anträge Nr. 129 und 130 von der Fraktion "BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN" werden hiermit ersetzt.
		bisher	432.000	252.000	36.000	36.000	36.000	36.000	36.000	0		
		neu	432.000	252.000	36.000	36.000	36.000	36.000	36.000	0		
		Veränderung	0	0	0	0	0	0	0	0		
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)		110.000		55.000	55.000	0	0	0	0	
188	5S.670036	FB 67: GVG- Ankäufe von Bäumen	SPD-Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN									zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 110.000 EUR (2023 und 2024 je 55.000 EUR) für die Neupflanzung von Bäumen als Ersatz für die in den letzten Jahren verlorengegangenen Bestände aufgrund von Stürmen etc. Die Anträge Nr. 129 und 130 von der Fraktion "BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN" werden hiermit ersetzt.
		bisher	4.922.200	4.105.200	163.400	163.400	163.400	163.400	163.400	0		
		neu	5.032.200	4.105.200	218.400	218.400	163.400	163.400	163.400	0		
		Veränderung	110.000	0	55.000	55.000	0	0	0	0		

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor